B39 Moritz Bührmann

Tagesordnungspunkt: 1.18. Listenplatz 18

Selbstvorstellung



Alter:
27

Geburtsort:
Oldenburg

Liebe Freund*innen,

Ich kandidiere, weil ich nicht zulassen möchte, dass meiner und jüngeren Generationen die Zukunft geraubt und von Rechten vereinnahmt wird. Unser demokratisches System wird wie nie zuvor von Rechtsextremen, Tech-Oligarchen und autoritären Mächten bedroht. In diesen unsicheren Zeiten möchte ich dafür eintreten, unsere demokratischen Institutionen zu stärken und die Grundlage zu schaffen, damit sich alle Menschen in unserer Demokratie gesehen fühlen.

Daher trete ich ein für:

Unabhängige Gerichte die Bürger*innenrechte verteidigen

Ich setze mich ein für starke und unabhängige Gerichte, damit Bürger*innen ihr Recht einklagen können. Aus der LAG Demokratie und Recht heraus haben wir einen Abbau der Arbeits- und Sozialgerichte im Land verhindert und die Amtsgerichte in der Fläche erhalten. Diese Gerichte stellen eine wichtige Anlaufstelle für Bürger*innen dar, sei es für eine Gewaltschutzanordnung, bei Problemen mit der*dem Arbeitgeber*in oder wenn der Unterhaltsvorschuss durch den Staat nicht gezahlt wird.

Gerichte sind aber auch eine Bastion der Demokratie, sie kontrollieren Parlament und Regierung und verhindern Eingriffe in Bürger*innenrechte. Derzeit ist es jedoch zu einfach die Gerichte lahmzulegen, sei es durch den Entzug von Geldern oder das Abschalten der IT-Infrastruktur. Um eine echte Selbstverwaltung der Justiz zu ermöglichen, brauchen wir eine eigene Zuweisung von Finanzmitteln an die Gerichte, eine Selbstverwaltung durch Richterinnenräte und perspektivisch eine Loslösung vom Justizministerium. Zudem möchte ich mich für eine Abschaffung des Weisungsrechtes an die Staatsanwaltschaften einsetzen.

Support für NGOs unabhängig von wechselnden Mehrheiten

Der Schock Anfang des Jahres war groß, als die Bundesregierung ankündigte, die Fördermittel für über 200 NGOs, von denen sich viele für Demokratie und Menschenrechte engagieren, auslaufen zu lassen. Diese Maßnahme reiht sich ein in eine Vielzahl an Angriffen aus dem konservativen und rechten Lager, wie die Kleine Anfrage der Union aus dem Februar 2025. Ich will sicherstellen, dass die Förderung von NGOs nicht mehr nur in den Händen der Regierung liegt, sondern dass die Voraussetzungen für die Mittelgewährung transparent in einem Landesdemokratiefördergesetz festgehalten werden müssen.

Eine Polizei, die alle schützt

Ich trete ein für eine Polizei, die uns alle schützt. Schon heute leisten die fast 10.000 Polizeibeamt*innen und -angestellten einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in unserem Bundesland. Allerdings fühlen sich nicht alle Mitbürger*innen durch die Polizei gleicheraßen geschützt. Insbesondere Personen mit Migrationshintergrund beklagen häufigere Polizeikontrollen. Daher müssen wir rassistisches Gedankengut in der Polizei entschieden bekämpfen und ein System schaffen, das polizeiliches Fehlverhalten dokumentiert. Einen ersten Schritt ist Aminata mit dem Antidiskriminierungsgesetz und der darin enthaltenen Kontrollquittung gegangen. Denn nur wenn Personen die Gründe für eine Kontrolle kennen, können sie sich dagegen wehren. Darüber hinaus möchte ich den Einsatz von Bodycams ausweiten, einen Anspruch von Bürger*innen auf Aktivierung und eine automatische Aufzeichnung beim Entholstern der Dienstwaffe erreichen. Wo die Bodycam eine

technische Maßnahme ist, die die Sicherheit von Beamt*innen und Bürger*innen erhöht, lehne ich den Einsatz von KI zu Überwachungszwecken ab.

Dabei denke ich den Sicherheitsbegriff weiter als nur polizeiliche Präsenz: Sicherheit braucht Jungen- und Männerarbeit, Safe Spaces für FLINTA und Queers, Sozial- und Jugendarbeiter*innen und noch so viel mehr. Wir müssen verhindern, dass Personen überhaupt erst zu Tätern werden. Darüber hinaus müssen wir auch von Straftaten bedrohte Personen schützen. Wenn wir den von Aminata betriebenen massiven Frauenhausplatz-Ausbau umsetzen, der perspektivisch zu fast einer Verdoppelung der Plätze führen wird, werden uns immer noch etwa 100 Plätze zum Erreichen der nach Istanbul-Konvention geforderten Quote fehlen. Den Weg müssen wir fortführen.

Klare Kante gegen Rechts

Als deutscher Staat haben wir einen historischen Auftrag: Sicherstellen, dass sich das NS-Unrecht nie wiederholt. Deutschland muss ein sicherer Raum für Jüd*innen, Sinti*zze, Queers, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund sein.

Diese Menschen werden durch das Erstarken von rechtsextremen Kräften und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, gefährdet. Wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren und müssen schnellstmöglich die Verfassungsmäßigkeit der AfD durch das BVerfG überprüfen lassen.

Ein AfD-Verbot allein wird jedoch nicht ausreichen, um den Rechtsruck, der inzwischen die ganze Welt erfasst hat, aufzuhalten. Wir müssen auch die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System angehen, von der Rechtsextreme auf der ganzen Welt zehren. Dafür müssen wir für junge Menschen durch mehr Investitionen in Bildung das Versprechen einer guten Zukunft erneuern. Der Staat muss zudem stärker zeigen, dass er auch in ländlichen Räumen präsent ist, Kneipen, Kultur und Begegnungsorte fördert. Alle Menschen müssen darauf vertrauen können, dass ihr Leben in der Zukunft freier, sicherer und sorgenfreier sein wird. Dafür muss Politik sorgen, dafür möchte ich kämpfen.

Zu mir:

Ich arbeite als Referent im Büro der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und berate die Einwohner*innen Schleswig-Holsteins juristisch zu Rente und Pflege und unterstütze sie in ihren Verfahren.

Zuvor habe ich 2025 mein Referendariat mit dem Zweiten Juristischen Staatsexamen abgeschlossen. Während meines Referendariats habe ich Erfahrung in Verwaltung und Justiz zu gesammelt und weiß daher, wie Staatsanwaltschaften, Zivilgerichte und Behörden arbeiten. In der Deutschen Botschaft in Kolumbien durfte ich mich für die Umsetzung des Friedensvertrages von 2017 mit der Ex-FARC-EP engagieren.

2018 – 2023 studierte ich Jura, weil ich mir schon damals das Werkzeug aneignen wollte, um Gerechtigkeit nicht nur einzufordern, sondern auch konkret umsetzen zu können. Dabei hat mich an meinem Studium immer begeistert, dass es einen in die Lage versetzt, ganz unterschiedliche Sachverhalte zu erfassen, einzuordnen und zu bearbeiten. Politik ist immer auch juristisch.

Prägend für mich war immer ein starkes ehrenamtliches Engagement. In den Jahren 2015 – 2017, als viele neue Mitbürger*innen ins Land kamen, habe ich Projekt mit minderjährigen Geflüchteten Sport gemacht haben. 2017 – 2018 habe ich dann mein FSJ in einem Kindergarten verbracht. Nach Ende der Pandemie bin ich einer der Trainer der Judomannschaft der Universität geworden und habe dieses Jahr mit Freunden einen eigenen Sportverein gegründet.

2022 bin ich in die Partei eingetreten und habe im Kommunalwahlkampf 2023 für den KV Kiel mit für unser tolles Ergebnis gearbeitet. Außerdem bin ich seit 2023 Sprecher der LAG Demokratie und Recht. Seitdem haben wir unter anderem diese Anträge durch den LPT gebracht:

- Wir haben die Schließung von Arbeits- und Sozial- und Amtsgerichten in den ländlichen Räumen verhindert (LTP 10/2024)
- Wir haben den Beschluss zum AfD Verbotsverfahren eingebracht (LPT 11/2025) und uns gegen (Rechts)extremist*innen positioniert (LPT 5/2025 / LPT 9/2023)
- Wir haben uns für paritätische Besetzung kommunaler Aufsichtsräte stark gemacht (LPT 5/2024)
- Wir sind für einen effektiven Schutz vor Femiziden eingetreten (LPT 5/2024)

Darüber hinaus bin ich auch seit 2024 zur BAG DuR delegiert und ebenfalls seit 2024 Mitglied des gewählten Rats der Heinrich Böll Stiftung SH und im selben Jahr Schatzmeister der GJ-Kiel gewesen.

Ich würde mich sehr über eure Unterstützung freuen!

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte mich zur Wahl stellen. Rechts·extreme sollen mir und jüngeren Menschen nicht die Zukunft weg·nehmen. Rechts·extreme sind Menschen, die gegen Aus·länder und gegen die Demokratie sind. Demokratie bedeutet: Alle Menschen dürfen mit·bestimmen.

Im Moment ist unsere Demokratie in Gefahr. Sie wird von Rechts·extremen bedroht. Auch sehr reiche Besitzer von großen Technik·firmen und unfreie Länder bedrohen sie. Die Zeiten sind gerade unsicher. Deshalb will ich unsere Demokratie stark machen, damit sich alle Menschen gesehen fühlen.

Deshalb kämpfe ich für diese Ziele:

Unabhängige Gerichte für die Bürger·rechte

Ich will starke und unabhängige Gerichte. Unabhängig bedeutet: Die Politik darf den Gerichten keine Befehle geben. So können alle Menschen vor Gericht ihr Recht bekommen.

In unserer Arbeits·gruppe für Demokratie und Recht haben wir schon viel erreicht. Wir haben verhindert, dass Arbeits·gerichte und Sozial·gerichte geschlossen werden. Auch die Amts·gerichte auf dem Land bleiben offen. Diese Gerichte sind wichtige Anlauf·stellen für alle Menschen.

Sie helfen zum Beispiel bei Streit mit dem Arbeit·geber. Sie helfen auch, wenn Menschen Schutz vor Gewalt brauchen. Und sie helfen, wenn der Staat kein Geld für Kinder zahlt, obwohl er es muss.

Gerichte schützen aber auch unsere Demokratie. Sie prüfen das Parlament und die Regierung. Das Parlament sind die gewählten Politikerinnen und Politiker. Die Gerichte passen auf, dass die Politik die Bürger·rechte achtet.

Im Moment kann die Politik die Gerichte noch zu leicht auf·halten. Sie kann ihnen das Geld streichen oder die Computer aus·schalten. Deshalb sollen Gerichte ihr eigenes Geld bekommen. Richterinnen und Richter sollen die Gerichte selbst verwalten. In Zukunft sollen Gerichte ganz getrennt vom Justiz·ministerium arbeiten.

Das Justiz·ministerium ist die oberste Behörde für Recht in der Regierung. Außerdem darf die Politik der Staats·anwaltschaft keine Befehle mehr geben. Die Staats·anwaltschaft klagt Menschen an, die gegen das Gesetz verstoßen haben.

Sicheres Geld für wichtige Vereine

Am Anfang vom Jahr gab es einen großen Schock. Die Bundes·regierung wollte das Förder·geld für über 200 Vereine streichen. Diese Vereine sind nicht Teil vom Staat. Viele von ihnen setzen sich für Demokratie und Menschen·rechte ein.

Schon vorher haben rechte Parteien sowie CDU und CSU diese Vereine an·gegriffen. Zum Beispiel gab es im Februar 2025 eine kritische Anfrage von CDU und CSU. Ich will diese Vereine besser schützen.

Nicht nur die Regierung soll entscheiden, welche Vereine Geld bekommen. Deshalb brauchen wir ein Landes·gesetz für Demokratie·förderung. In diesem Gesetz stehen klare und offene Regeln für das Förder·geld. So bekommen die Vereine sicher ihr Geld, egal wer gerade regiert.

Eine Polizei, die alle schützt

Fast 10.000 Menschen arbeiten in unserem Bundes·land bei der Polizei. Sie tun jeden Tag viel für unsere Sicherheit. Aber nicht alle Menschen fühlen sich durch die Polizei gleich gut geschützt. Vor allem Menschen mit Wurzeln in anderen Ländern erleben öfter Polizei·kontrollen.

Deshalb müssen wir Rassismus bei der Polizei klar bekämpfen. Rassismus bedeutet: Menschen werden wegen ihrer Herkunft oder Haut·farbe schlecht behandelt. Wenn jemand bei der Polizei einen Fehler macht, muss das auf·geschrieben werden. Aminata hat dafür schon ein Gesetz gegen Aus·grenzung gemacht.

In diesem Gesetz gibt es eine Kontroll·quittung. Das ist ein Zettel, auf dem der Grund für die Polizei·kontrolle steht. Nur wenn Menschen den Grund kennen, können sie sich gegen eine ungerechte Kontrolle wehren.

Ich will auch mehr Körper·kameras für die Polizei. Bürgerinnen und Bürger sollen verlangen dürfen, dass die Kamera an·geschaltet wird. Wenn jemand von der Polizei die Dienst·waffe zieht, soll die Kamera sofort von selbst filmen. Diese Kameras schützen die Polizei und die Bürgerinnen und Bürger. Aber ich bin gegen schlaue Rechner·programme zur Überwachung von Menschen.

Sicherheit ist aber mehr als nur Polizei. Wir brauchen gute Angebote für Jungen und Männer, damit sie gar nicht erst zu Tätern werden. Wir brauchen auch Sozial·arbeit, Jugend·arbeit und sichere Schutz·räume. Schutz·räume sind sichere Orte für Frauen und für Menschen, die anders lieben oder leben.

Wir müssen auch Menschen schützen, die durch Straf·taten in Gefahr sind. Aminata sorgt schon für fast doppelt so viele Plätze in Frauen·häusern. Trotzdem fehlen uns dann immer noch etwa 100 Plätze. Ein wichtiges Abkommen aus Europa zum Schutz vor Gewalt verlangt diese Plätze. Diesen Weg müssen wir weiter·gehen.

Klar gegen Rechts·extreme

Deutschland hat eine besondere Aufgabe aus der Geschichte. Die schrecklichen Verbrechen von den Nazis dürfen nie wieder passieren. Deutschland muss für alle Menschen ein sicherer Ort sein.

Das gilt für Jüdinnen und Juden, für Sinti und Roma und für Menschen mit Behinderung. Es gilt auch für Menschen mit Wurzeln in anderen Ländern und für Menschen, die anders lieben oder leben. Rechts·extreme und die Partei AfD bringen diese Menschen in Gefahr. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Das höchste deutsche Gericht soll schnell prüfen, ob man die AfD verbieten muss.

Ein Verbot von der AfD allein reicht aber nicht aus. Auf der ganzen Welt werden Rechts·extreme gerade stärker. Sie nutzen es aus, wenn Menschen unzufrieden mit der Demokratie sind.

Deshalb müssen wir mehr Geld für gute Schulen und Bildung aus·geben. So haben junge Menschen wieder Hoffnung auf eine gute Zukunft. Der Staat muss sich auch auf dem Land gut um die Menschen kümmern. Er soll dort Kneipen, Kultur und Orte zum Treffen unterstützen.

Alle Menschen sollen darauf vertrauen können, dass ihr Leben in Zukunft frei und sicher ist. Sie sollen weniger Sorgen haben. Dafür muss die Politik sorgen. Dafür will ich kämpfen.

Über mich

Ich arbeite im Büro von der Bürger·beauftragten für soziale Fragen in Schleswig-Holstein. Dort berate ich Menschen zu ihren Rechten bei Rente und Pflege. Ich unterstütze sie auch bei ihren Anträgen und Verfahren.

Im Jahr 2025 habe ich meine Ausbildung als Fach·person für Recht mit der zweiten Staats·prüfung ab·geschlossen. In dieser Zeit habe ich bei Gerichten, Behörden und der Staats·anwaltschaft gearbeitet. Deshalb weiß ich genau, wie diese Stellen arbeiten.

Ich habe auch in der Deutschen Botschaft in dem Land Kolumbien gearbeitet. Die Botschaft vertritt Deutschland in einem anderen Land. Dort habe ich geholfen, einen Friedens·vertrag aus dem Jahr 2017 um·zusetzen. Dieser Vertrag hat einen langen Kampf mit einer bewaffneten Gruppe beendet.

Von 2018 bis 2023 habe ich Recht studiert. Ich wollte Gerechtigkeit nicht nur fordern, sondern auch wirklich um·setzen können. In diesem Studium lernt man, viele verschiedene Probleme zu verstehen und zu lösen. Politik hat immer auch viel mit Gesetzen zu tun.

Mir war es immer wichtig, frei·willig und ohne Bezahlung für andere zu arbeiten. Von 2015 bis 2017 habe ich Sport mit jungen Geflüchteten gemacht. Von 2017 bis 2018 habe ich ein frei·williges Jahr in einem Kinder·garten gearbeitet. Nach der Corona·zeit wurde ich Übungs·leiter von der Judo·mannschaft an der Hoch·schule. In diesem Jahr habe ich mit Freunden einen eigenen Sport·verein gegründet.

Seit dem Jahr 2022 bin ich Mitglied in unserer Partei. Im Jahr 2023 habe ich im Wahl·kampf in Kiel mit·geholfen. Seit dem Jahr 2023 bin ich Sprecher von der Landes·arbeits·gruppe für Demokratie und Recht.

Mit dieser Gruppe haben wir bei den Landes·partei·tagen wichtige Beschlüsse durch·gesetzt. Ein Aufsichts·rat prüft zum Beispiel die Arbeit von Betrieben in einer Stadt. Das haben wir erreicht:

- Im Oktober 2024 haben wir verhindert, dass Arbeits·gerichte, Sozial·gerichte und Amts·gerichte auf dem Land schließen.
- Im November 2025 haben wir beschlossen, ein Verbot von der AfD prüfen zu lassen.
- Im September 2023 und im Mai 2025 haben wir uns klar gegen Rechts·extreme stark gemacht.
- Im Mai 2024 haben wir gefordert, dass in Aufsichts·räten von Städten und Gemeinden gleich viele Frauen und Männer sitzen.
- Im Mai 2024 haben wir uns für einen starken Schutz vor tödlicher Gewalt gegen Frauen ein·gesetzt.

Seit dem Jahr 2024 vertrete ich unsere Gruppe auch für ganz Deutschland. Ebenfalls seit 2024 bin ich im gewählten Rat von der Heinrich-Böll-Stiftung in Schleswig-Holstein. Im Jahr 2024 habe ich mich außerdem um das Geld von der Grünen Jugend in Kiel gekümmert.